

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Antje-Marie Steen resümiert
den Stand der AIDS-Bekämpfung.

Seite 1

Otto Reschke fordert Bauminister
Töpfer auf, Klarheit über
die Zukunft der Schürmann-
Ruine zu schaffen.

Seite 3

Christa Randzio-Plath zieht
eine Bilanz der deutschen EU-
Ratspräsidentschaft.

Seite 4

49. Jahrgang / 228

30. November 1994

**Oberstes Ziel muß der Abbau allgemeiner
Diskriminierung sein**
Zum Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember 1994

Von Antje-Marie Steen MdB

In diesem Jahr findet der Welt-AIDS-Tag bereits zum 6. Mal statt. Somit rückt die Problematik von HIV-Infektion und AIDS weltweit in das öffentliche Bewußtsein, erlaubt nicht mehr das Wegsehen, das Verdrängen dieser Krankheit und der Verelendungssituation der Erkrankten und ihrer Familien. Mehr öffentliche Diskussion, mehr Enttabuisierung, mehr offensive Aufklärungsarbeit ist auch am 6. Jahrestag so wichtig wie nie zuvor.

Die Medizin sucht bislang vergebens nach einem Impfstoff zur Vorbeugung oder zur Heilung. Derzeit wird viel Hoffnung auf eine in Schottland jüngst entwickelte medikamentöse Therapie gesetzt, die bisher bei der Unterdrückung der Virus-Ausbreitung und bei der Stärkung der körperlichen Infektionsabwehr gute Erfolge aufzeigte. Dennoch breitet sich die Immunschwäche nicht nur weltweit, sondern, wie auf dem 5. Deutschen AIDS-Kongreß Ende November festgestellt wurde, auch in Deutschland immer weiter aus. Seit 1982 wurden rund 72.000 Menschen mit dem Virus infiziert. Davon sind 10.719 Männer und 1.135 Frauen an AIDS erkrankt. Bislang sind circa 60 Prozent der Patienten verstorben.

Die Infektionsrate in der ehemals am meisten betroffenen Gruppe homosexueller Männer ist deutlich gesunken. Hier hat sicher, neben Aufklärung und Information, das soziale Umfeld Hilfe in ganz wesentlichem Umfang geleistet. Gleichwohl sind Aufklärungsbroschüren weiterhin unverzichtbar. Bei Ausgestaltung und Sprache der Publikationen muß die Maßgabe sein, sich am realen Lebensumfeld der anzusprechenden Gruppen zu orientieren. Das ist der einzige Weg, diejenigen auch wirklich zu erreichen, an die die Informationen gerichtet sind. Die Deutsche AIDS-Hilfe mit ihren jahrelangen Kenntnissen der Verhältnisse vor Ort geht da meines Erachtens richtige Wege. Es kann nicht angehen, daß dogmatisch moralische Auffassungen von Sexualität als Maßstab für die Gestaltung von Aufklärungsmaterialien gelten und notwendige Informationen für spezielle Zielgruppen von einem Index bedroht werden, so daß sie nicht zum Einsatz gebracht werden können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kundengruppe Umwelt
mit spezieller Rückgabe
Recycling-Papier



Von betroffener "Risikogruppe" kann längst schon nicht mehr die Rede sein. Nunmehr breitet sich die tödliche Infektion insbesondere unter heterosexuellen Frauen und bei Drogenabhängigen mehr und mehr aus. Gerade für diese Betroffenengruppen aber bedeutet der Ausbruch der Krankheit neben der Erkenntnis der Unheilbarkeit ein abruptes Abrutschen in die Sozialhilfe und rasch fortschreitende Verelendung. Sie sind oftmals noch sehr jung und stehen ohne jegliche soziale und finanzielle Absicherung da. Frauen sind in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation besonders betroffen, denn an Ersparnisse aus vielfach schlecht bezahlter Arbeit ist nicht zu denken. Frauen halten häufig ihre Infektion aus Angst vor moralischer Sanktionierung, der Ausgrenzung ihrer Kinder und wegen der immer noch mangelhaften Hilfangebote für sie so lange wie möglich geheim. Der Bruch ist umso schlimmer.

Immer noch werden Menschen mit einer HIV-Infektion diskriminiert. Da mit dem Ausbruch der Krankheit eine große Verelendungssituation in allen Lebensbereichen einhergeht, müssen Versorgungseinrichtungen, spezielle Pflegeangebote und unterstützende Maßnahmen in der Sterbebegleitung in größerem Umfang entstehen. Es ist das Gebot der Menschlichkeit und der Solidarität mit schwerkranken Menschen, ihnen eine Lebens- und Sterbenssituation in Würde zu gewährleisten.

Die Stadt Berlin hat vor kurzem den ersten Kindergarten für HIV-infizierte Kinder eingerichtet. Auf den ersten Blick mag das sinnvoll erscheinen, aber die bedrückende Situation dabei ist, daß eine vollständige Integration infizierter Kinder in allgemeine Kindergärten nach wie vor schwierig ist. Eltern nicht infizierter Kinder verweigern sich oft bei Bekanntwerden der Tatsache, daß ein HIV-positives Kind in den Kindergarten aufgenommen werden soll. Medizinische Gründe spielen vielfach keine Rolle und erfordern auch keine Sondereinrichtung. Berücksichtigt man die soziale und psychische Komponente, so kann diese Aussonderung für die Kinder, die ein stabiles und weitgehend normales Lebensumfeld brauchen, fatale Folgen haben. Man wird dieses Projekt beobachten und begleiten und gemessen an den Auswirkungen auf Eltern und Kinder in problematischen Lebenssituation entsprechende Maßnahmen ergreifen müssen. Gleichwohl muß der Abbau allgemeiner Diskriminierung oberstes Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein.

Der erste und der wirkungsvollste Schritt gegen die Ausbreitung von AIDS und die Diskriminierung und Aussonderung Betroffener bleibt Beratung und Aufklärung. Umso unverständlicher ist es, daß AIDS-Beratungsstellen Jahr für Jahr aufs Neue um ihr finanzielles Überleben kämpfen müssen. Ich kann mich nur in vollem Umfang den Gesundheitsministern der Länder anschließen, die auf ihrer Konferenz Mitte November die Absicht des Bundesgesundheitsministeriums scharf kritisierten, die Mittel für die AIDS-Prävention von derzeit 20 Millionen DM bis 1996 auf elf Millionen DM schrumpfen zu lassen. Für 1998 sollen sogar nur noch acht Millionen DM für die AIDS-Aufklärung zur Verfügung gestellt werden. - Angesichts steigender Infektionsraten und offensichtlich immer noch weit verbreiteter Unkenntnis über Infektion und Krankheit ist das unverantwortlich und gesundheitspolitisch völlig verfehlt.

(-/30. November 1994/ru/ks)

Was geschieht mit dem Schürmann-Bau?

Von Otto Reschke MdB

Der Nachfolger im Amt von Frau Schwaetzer und Erbe der ungeliebten Regierungs-Baustelle an der Kurt-Schumacher-Straße, Herr Minister Töpfer hat erklärt, daß er die Linie "Verkauf" des Schürmann-Baus weiter verfolgen wird. Ich hoffe, daß er wenigstens die Linie der Verschleierung und des taktierens seines Vorgängerin nicht fortsetzen wird. Jetzt sind Ehrlichkeit und Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament gefragt.

Heute haben endlich die Abpumparbeiten an der Baustelle begonnen. Eine Arbeit, die bereits vor Monaten hätte in Angriff genommen werden können. Es drängt sich die Frage auf, warum eigentlich erst jetzt dieses Vorhaben in Angriff genommen wird, obwohl die Gerichtsgutachter bereits vor einem halben Jahr ihrer Zustimmung gegeben hatten?

Hierfür kann Herr Töpfer nichts - aber er wird jetzt erklären müssen, was er konkret in Zukunft vor hat. Zur Erinnerung: die Deutsche Welle, die nach den Plänen der Bundesregierung in den Schürmann-Bau umziehen soll, muß diesen Umzug nach einem Arbeitsgerichtsurteil bis zum 1. Juli 1997 vollendet haben. Wie diese zeitliche Vorgabe einzuhalten ist, muß uns Herr Töpfer erklären.

Nach Aussagen der mit den Abpumparbeiten betrauten Firma, ist erst Mitte Januar des kommenden Jahres damit zu rechnen, daß am Schürmann-Bau gemeldet werden kann: "Bau ist trocken gelegt". Der Abschlußbericht der Gerichtsgutachter wird dann noch etwa zwei Monate auf sich warten lassen und das Beweissicherungsverfahren wird dann unter günstigen Voraussetzungen im Juli des kommenden Jahres zu einem Abschluß gelangen.

Wie unter diesen Voraussetzungen, innerhalb einer Bau- und Einrichtungszeit von nur knapp zwei Jahren, ein Gebäude für die Deutsche Welle errichtet werden soll, ist das Geheimnis des Bauministeriums auf dessen Lüftung wir alle warten.

Dabei scheinen die Verantwortlichen im BM Bau außer acht zu lassen, daß sich erhebliche Unruhe unter den von der Stilllegung der Baustelle betroffenen Firmen breit macht. Die Bezahlung der noch offenstehenden Rechnungen läßt immer noch auf sich warten, so daß bereits einige Firmen der Bundesregierung mit einem erneuten Beweissicherungsverfahren gedroht haben. Was dieses bedeutet, liegt auf der Hand: "Nachdem der Umzug bereits jetzt aus terminlichen Gründen nicht mehr zu halten ist, wird er bei erneuten Beweisanträgen anderer Firmen unter gar keinen Umständen mehr realisiert werden können".

Unter diesen Voraussetzungen kann ich mir nicht vorstellen, daß Bundestag und Bundesrat ihre Zustimmung zu einem Verkauf des Grundstückes an einen privaten Investor erteilen werden! Ich fordere den neuen Bauminister Töpfer auf, unverzüglich zu erklären, was mit dem Schürmann-Bau geschehen soll.

(-/30. November 1994/ru/ks)

Vorwiegend Enttäuschung

**Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft vor dem Eurogipfel in Essen am 9. und 10.
Dezember 1994**

Von Christa Randzio-Plath MdEP

**Wirtschafts- und währungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten,
Vorsitzende Unterausschuß Währung im Europäischen Parlament**

Die große Hoffnungen auf europäische Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft wurden enttäuscht. Die französische Ratspräsidentschaft wird von den gleichen hohen Erwartungen begleitet. Auch sie wird nur wenige Probleme lösen können. Der Grund: beide für die Fortschritte der Europäischen Union so wichtigen Mitgliedstaaten behindern Wahlen an Entscheidungsfreude. Daher ein weiterer Reformvorschlag für den Gipfel in Essen: Ein Mitgliedstaat, in dem nationale Wahlen anstehen; soll erst außerhalb des turnusmäßigen Wechsels die Präsidentschaft der Europäischen Union ausüben.

1. Umsetzung Weißbuch

Die deutsche EU-Präsidentschaft hat die Umsetzung des Weißbuches nicht beschleunigt. Bis heute sind die Projekte in den Transeuropäischen Netzen und beim Einstieg in die Informationsgesellschaft erst vage erkennbar. Ihre Finanzierung ist gänzlich ungesichert, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Projekten ist wenig geeignet, anderen Staaten als Vorbild zu dienen. Die deutsche Präsidentschaft hält sich kurzzeitig zurück. Sie verweist im Gegenteil auf die nationale Verantwortung für die Wirtschaftspolitik, stellt die Subsidiarität in den Vordergrund und unterstützt die nationalen Kritiker einer angeblichen Überregulierung. Industriepolitik und Maastricht-Vertrag sieht sie fälschlicherweise nicht als Chance zu mehr Koordinierung und Kooperation im Interesse eines beschäftigungswirksamen Wachstums.

Der versprochene deutsche Investitionsanteil von 18 Prozent steht in keinem Verhältnis zu Bevölkerungszahl, Bedarf und Möglichkeiten. Der beschleunigten Schaffung transeuropäischer Netze stimmt die deutsche Präsidentschaft nur mit dem klaren Hinweis zu, daß die Programme im Rahmen der bestehenden Finanzierungsinstrumente berücksichtigt werden müssen. Das paßt in die Ideologie der Angebotspolitik, die zu der heutigen Beschäftigungskrise geführt hat wie auch die Betonung des Grundsatzes einer horizontalen wettbewerbsorientierten Industriepolitik und der Hinweis, daß es keiner neuen Finanzinstrumente bedarf.

Die einzige konkrete Initiative, die die deutsche Ratspräsidentschaft vorschlägt, ist eine Ratsentschließung zu KMU, die das Ziel haben soll, "das ordnungspolitische Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen so zu verbessern, daß sich Dynamik und Innovationskraft des Mittelstandes im Wettbewerb frei entfalten können".

Die deutsche Ratspräsidentschaft überbewertet den konjunkturellen Aufschwung und lenkt von den strukturellen Problemen der Europäischen Union bei Wirtschaft und Beschäftigung ab. Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft überläßt sie der Wirtschaft. Damit trägt sie nicht zur Gestaltung der europäischen Industriepolitik bei und nimmt die unverändert hohe Massenarbeitslosigkeit (Oktober 1993 und Oktober 1994 : 10,7 Prozent) in Kauf.

2. Vorbereitung der Währungsunion

Die Währungsunion vollendet den Binnenmarkt und ist eine Herausforderung für die Europäische Union. Sehr offensichtlich ist die Währungsunion kein besonderes Thema für die deutsche Präsidentschaft. Dabei sind vertrauensbildende Maßnahmen für die Akzeptanz von Bevölkerung, Banken und Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Dabei ist eine transparente Vorbereitung der Währungsunion zu fordern, damit sich alle betroffenen Akteure rechtzeitig auf die 3. Stufe vorbereiten können. Das gilt für die Haushaltspolitik, das Verfahren zum übermäßigen Defizit genauso wie für geldpolitische Konzepte und Instrumente. Schließlich muß der Übergang zur 3. Stufe klappen. Eine monetäre "Scheidung" wird nicht möglich sein.

Erwähnt werden auch nicht die Probleme der destabilisierenden Tendenzen in den internationalen Finanzmärkten und die aus den Wechselkursschwankungen entstehenden Problemen für Handel und Investitionen. Die deutsche Präsidentschaft scheint keine Veranlassung zu sehen, auf internationaler Ebene aktiv zu werden und Vereinbarungen voranzubringen, die internationale Währungsstabilität und Transparenz in die internationalen Finanzmärkte zur Vermeidung destabilisierender Spekulationen fördern.

Premiere konnte die deutsche Präsidentschaft mit dem Verfahren bei einem exzessiven Defizit feiern. Sie verschickte keine Rüge an Irland, obwohl sie dies ankündigte. Dabei hat Irland zwar einen Schuldenstand von rund 93 Prozent des BIP, konnte aber entsprechend dem Maastricht-Vertrag den Schuldenstand rasch genug und nachhaltig verringern. Diese Vertragsbestimmung hätte der Präsidentschaft bekannt sein müssen. Peinlich war auch das Verfahren: obwohl der Maastricht-Vertrag eine Veröffentlichung der Empfehlungen zur Verringerung des öffentlichen Defizits lediglich als Sanktion nach Überprüfung der Anstrengungen vorsieht, unterbreiteten einige Regierungen diese Empfehlungen bereits vor ihrer Verabschiedung ihren Parlamenten, alle aber nach Verabschiedung ihren Parlamenten. Auch dies zeigt die Schwäche der deutschen Ratspräsidentschaft, die Zweifler an den Bestimmungen zur Währungsunion bestärkt. Das gilt auch für die Tatsache, daß bis heute Unsicherheit darüber herrscht, welches die "normalen" Bandbreiten im Sinn des Maastricht-Vertrages sind und welche Rolle das EWS noch spielen soll. Besonders unglaublich wird aber die Stabilitätspolitik der deutschen Ratspräsidentschaft, wenn das Haushaltsdefizit unter Berücksichtigung der Treuhandschulden 1995 gerechnet werden muß.

Ihr Versprechen, die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken, löste die Ratspräsidentschaft nicht ein. Zum einen verweigert sie ein interinstitutionelles Abkommen mit dem Europäischen Parlament über Informations- und Konsultationsrechte während der 2. Stufe. Zum andern übermittelte sie die veröffentlichten Empfehlungen zum übermäßigen Defizit nicht an das Europäische Parlament.

3. Außenwirtschaftspolitik

Die deutsche Ratspräsidentschaft ruht sich auf dem Abschluß der Uruguay-Runde aus. Dabei müßte sie Perspektiven aufzeigen, wie das mögliche Handelsvolumen durch eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in der EU ausgeweitet und insoweit die Weißbuch-Initiative

auch handelspolitisch genutzt werden kann. Die hohe Exportabhängigkeit der Europäischen Union verlangt nach Dynamik bei der Ratifizierung der Ergebnisse der Uruguay-Runde und den Aufbau der neuen Welthandelsorganisation. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union muß politisch gelöst werden. Dazu fehlt ein Konzept der deutschen Präsidentschaft. Allerdings wird die Ratifizierung jetzt fristgerecht erfolgen, nachdem die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes am 15. November 1994 die ausschließliche Zuständigkeit der EU im Warenhandel und die gemischte Zuständigkeit der EU in den anderen Handelsfragen bejaht hat.

Es fehlt jede deutsche Initiative, daß das Europäische Parlament allen Handelsverträgen zustimmen muß. Es fehlt die dringend erforderliche Aussage zur konsequenten Beschränkung von Rüstungsexporten und der Harmonisierung der Exportregeln. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß eine Initiative zur Regierungskonferenz 1996 eingebracht werden soll. Geschelert sind bisher auch alle Bemühungen, eine nach Artikel 112 notwendige Harmonisierung der Exportkreditversicherungen durchzusetzen.

Die Verbesserung der Bedingungen für den Handel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, vor allem die beschleunigte Verringerung der bestehenden Exportbarrieren in die EU ist eine richtige Schwerpunktsetzung. Hier müssen endlich die in Kopenhagen versprochenen Marktöffnungen und ein konkretisierter partnerschaftlicher politischer Dialog erfolgen. Die jetzt erarbeiteten 'strukturierten' Beziehungen sind ein Weg, um die mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union schrittweise heranzuführen und dabei weder die Erwartungen der dortigen Bevölkerung zu enttäuschen noch die Bevölkerung der EU über die finanziellen Konsequenzen zu täuschen. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat allerdings für die notwendige weitere Marktöffnung keine Initiativen ergriffen zum Beispiel in den Bereichen Stahl, Landwirtschaft, Textilien. Besonders bedauerlich ist die Tatsache, daß die deutsche Ratspräsidentschaft die versprochene Kumulierung der Ursprungsregelung nicht umgesetzt hat.

4. Steuerpolitik

(1) Abfuhr Quellensteuer: das wichtigste steuerpolitische Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft, die Harmonisierung der Quellensteuer beziehungsweise die Einführung von Kontrollmitteilungen der Geldinstitute sind gescheitert. Das gilt auch für das Vorhaben einen verstärkten Informationsaustausch zwischen den europäischen Finanzverwaltungen herzustellen.

(2) Abfuhr Mehrwertsteuerreform: das Ursprungslandprinzip ist in weite Ferne gerückt. Die deutsche Ratspräsidentschaft ist isoliert und konnte die grundlegende Kritik insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen am Bestimmungslandprinzip nicht nutzen.

(3) Abfuhr CO₂-Energiesteuer: auch hier scheiterte die deutsche Präsidentschaft. Stattdessen brachte sie die Erhöhung der Mineralölsteuer als Alternative ins Gespräch, die keine vergleichbare ressourcenschonende und energiesparende Wirkung auslösen kann. Vertan ist damit auch die Chance für den Einstieg in eine europäische ökologische Steuerreform.

(-/30. November 1994/ru/ks)
